



Gründercoaching Deutschland

Antrag auf eine anteilige Übernahme des Beraterhonorars durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des Gründercoaching Deutschland

Antragsnummer:	110740014630329
Erstellungsdatum:	15.03.2011

1. Persönliche Daten des Antragstellers

Anrede	<input checked="" type="checkbox"/> Herr <input type="checkbox"/> Frau
Name, Vorname	Musterhausen, Max
Geburtsdatum	15.04.1979
Straße	
PLZ, Ort	
Telefonnummer	0123-4567
E-Mail-Adresse	test@test.de
Gründungsart (keine Mehrfachnennung)	<input checked="" type="checkbox"/> Neugründung <input type="checkbox"/> Übernahme <input type="checkbox"/> tätige Beteiligung
Datum der Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit	01.02.2010

2. Unternehmensdaten

Name des Unternehmens	Bauunternehmen Mustermann	
Rechtsform	Einzelunternehmen	
Funktion des Antragstellers im Unternehmen	Geschäftsführer	Höhe der Beteiligung des Antragstellers am Unternehmen: 100 %
Branche	Bauhauptgewerbe	
Straße	Musterstraße 24	
PLZ, Ort	12345 Musterhausen	
Bundesland	Brandenburg	Kreis: Elbe-Elster
Anzahl der Beschäftigten bei Antragstellung (einschl. Inhaber, Geschäftsführung, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende)	9	Umsatz in Euro des vergangenen Geschäftsjahres

3. Zuschusshöhe

Das Unternehmen des Antragstellers hat seinen Sitz in den neuen Bundesländern bzw. in der Phasing-Out-Region der alten Bundesländer (Region Lüneburg):

Ich beantrage einen Zuschuss zu den Beratungskosten in Höhe von 75 % des vereinbarten Tageshonorars bis zu einem maximal förderfähigen Tageshonorarsatz in Höhe von 800 Euro (d. h. max. Zuschusshöhe von 600 Euro pro Tagewerk).

Das Unternehmen des Antragstellers hat seinen Sitz in den alten Bundesländern bzw. Berlin:

Ich beantrage einen Zuschuss zu den Beratungskosten in Höhe von 50 % des vereinbarten Tageshonorars bis zu einem maximal förderfähigen Tageshonorarsatz in Höhe von 800 Euro (d. h. max. Zuschusshöhe von 400 Euro pro Tagewerk).

Bei Gründungen aus der Arbeitslosigkeit im ersten Jahr nach der Unternehmensgründung (im gesamten Bundesgebiet):

Ich beantrage einen Zuschuss in Höhe von 90 % des vereinbarten Tageshonorars bis zu einem maximal förderfähigen Tageshonorarsatz in Höhe von 800 Euro (d. h. max. Zuschusshöhe von 720 Euro pro Tagewerk). Der - ggf. vorläufige - Bewilligungsbescheid über einen Gründungszuschuss (§ 57 SGB III), Einstiegsgeld (§ 16b SGB II), Regelleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (§ 20 SGB II) oder Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen (§16 c SGB II) liegt vor.

Hinweis:

Bitte beachten Sie, dass eine Förderung nur in den ersten 5 Jahren nach Beginn der selbstständigen Tätigkeit entsprechend den Geltungsbereichen (neue Bundesländer und alte Bundesländer einschließlich Berlin) möglich ist. Bei Gründungen aus der Arbeitslosigkeit kann der erhöhte Fördersatz nur innerhalb des ersten Jahres nach der Gründung (Gründungsdatum gem. SGB-Bewilligungsbescheid) gewährt werden. Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem KfW Merkblatt "Gründercoaching Deutschland" sowie der FAQ-Liste unter www.gruender-coaching-deutschland.de.

4. Angaben zum Berater

Der ausgewählte Berater muss die richtliniengemäßen Beratereigenschaften für das Gründercoaching Deutschland erfüllen und in der KfW-Beraterbörse gelistet sein. Das Coaching soll von folgendem/-n Berater/-n durchgeführt werden:

Name des Beraters/ Ort des Beraters	ID des Beraters	Anzahl beantragter Coaching- tage (Tagewerke)	Honorarsatz pro Tagewerk (in Euro, ohne MWSt.)	= Gesamthonorar (in Euro, ohne MWSt.)	davon förderfähiges Beratungshonorar (in Euro, ohne MWSt.)	Höhe des Zuschusses
Musterberater Maximilian Berlin	9876543	5,00	800,00	4.000,00	4.000,00	3.000,00
				4.000,00	4.000,00	3.000,00

Bitte beachten Sie, dass

- die Höchstgrenze des insgesamt zu vereinbarenden Nettoberaterhonorars 6.000 Euro, bei Gründungen aus der Arbeitslosigkeit 4.000 Euro beträgt,
- ein Tagewerk 8 Stunden umfasst,
- die Selbstbeteiligung (der Eigenanteil am Beraterhonorar, die Fahrtkosten des Beraters, sonstige in der Beraterrechnung aufgeführten Nebenkosten sowie die Mehrwertsteuer des gesamten Rechnungsbetrages) vom Antragsteller selbst zu tragen ist,
- mit dem Coaching erst nach der Zusage durch die KfW begonnen werden darf,
- der Zeitraum für die Durchführung des Coachings und der Einreichung der Abrechnungsunterlagen 12 Monate ab Datum der Zusage beträgt,
- in der Variante für Gründungen aus der Arbeitslosigkeit der Beratervertrag innerhalb von 12 Monaten nach Gründung des Unternehmens abgeschlossen werden muss. Die Überprüfung dieser Fördervoraussetzung er-

folgt mit dem Schlussverwendungsnachweis. Sofern diese Frist nicht eingehalten wird, ist die Förderung für Gründungen aus Arbeitslosigkeit nicht möglich.

Sofern der Antragsteller nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, kann auch die auf das Beraterhonorar entfallende Mehrwertsteuer im Rahmen der maximalen Bemessungsgrenze von 4.000 bzw. 6.000 Euro mitgefördert werden. Die Förderung der Mehrwertsteuer kann auf dem Schlussverwendungsnachweis beantragt werden. Ein entsprechender Nachweis über die Nichtvorsteuerabzugsberechtigung ist mit Schlussverwendungsnachweis vorzulegen.

5. Inhalt des Coachings

betriebswirtschaftliche Beratung
Beratung im Personalwesen

6. Statistische Angaben für den ESF

6.1 Schul-/Berufsschulabschluss

Bitte kreuzen Sie Ihren höchsten Abschluss an:
(keine Mehrfachnennungen)

- ohne Hauptschulabschluss und ohne Berufsausbildung
- mit Hauptschulabschluss, Realschulabschluss oder Berufsvorbereitungsjahr
- mit Hochschulzugangsberechtigung auf 1. Bildungsweg (Gymnasium, Integr. Gesamtschule, Fachgymnasium etc.), abgeschlossener Berufsausbildung, Berufsgrundbildungsjahr
- mit Hochschulzugangsberechtigung auf 2. Bildungsweg (Kollegschule, Abendgymnasium etc.)
- mit (Fach)Hochschulabschluss, Meister oder Promotion

6.2 Soziale Besonderheiten

Bitte kreuzen Sie an, ob Sie einer der folgenden Personengruppen angehören:
(Mehrfachnennungen sind möglich)

- Menschen mit Migrationshintergrund
- Menschen mit einer anerkannten Behinderung (anerkannte Behinderung = Behindertenausweis bzw. Feststellungsbescheid mit Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 20 %)
- Menschen, die zu einer anerkannten Minderheit gehören (Sinti und Roma, Sorben, Friesen und Dänen)
- keine Zugehörigkeit

7. Erklärung des Antragstellers

Ich bestätige, dass ich das KfW-Merkblatt "Gründercoaching Deutschland" (Formular-Nr. 600000103) und die Richtlinie Gründercoaching Deutschland des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) bzw. die Richtlinie Gründercoaching Deutschland - Gründungen aus Arbeitslosigkeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) in der zum Zeitpunkt der Antragstellung gültigen Fassung anerkenne.

Insbesondere werden dem **BMWi**, dem **BMAS**, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Rechnungshof und der KfW oder deren Beauftragten Auskunfts- und Prüfungsrechte eingeräumt.

Ich versichere die Richtigkeit der unter Ziffer 1 bis 7 getätigten Angaben.

Mir ist bekannt, dass die unter Ziffer 1 bis 5 und Ziffer 7 des Antragsvordrucks getätigten Angaben sowie die Angaben der Anlage "De-minimis-Erklärung" subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 2 Subventionsgesetz sind und dass analog die Rückforderungsregeln nach §§ 48 bis 49 a VwVfG gelten.

Mit der Zusage der KfW kommt ein privatrechtlicher Vertrag zwischen dem Antragsteller und der KfW zustande. Die KfW kann aus wichtigem Grund vom Vertrag mit dem Antragsteller zurücktreten. Ein wichtiger Grund für einen Rücktritt ist insbesondere gegeben, wenn

- die Voraussetzungen für den Vertragsschluss nachträglich entfallen sind,
- der Abschluss des Vertrages durch Angaben des Antragstellers zustande gekommen ist, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren,
- der Antragsteller seinen Verpflichtungen im Rahmen dieses Förderprogramms nicht nachkommt.

Im Falle eines Rücktrittes der KfW vom Vertrag ist der Antragsteller zur Rückzahlung des Zuschusses inklusive dessen Verzinsung in Höhe von 5 % über dem Basiszinssatz verpflichtet.

Ich bin verpflichtet, der KfW unverzüglich anzuzeigen, wenn

- vor Abschluss der Beratung weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen - oder sonstigen Dritten - beantragt oder erhalten wurden,
- der Verwendungszweck oder sonstige für den Abschluss des Vertrages maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,
- sich herausstellt, dass der Verwendungszweck nicht oder mit der zugesagten Zuwendung nicht zu erreichen ist,
- ein Insolvenzverfahren über mein Vermögen beantragt oder eröffnet wird.

Darüber hinaus bestätige ich, dass

1. mein Unternehmen kein Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. C 244 Seite 2 vom 01.10.2004; s. KfW-Merkblatt "Unternehmen in Schwierigkeiten" Nr. 142 251) ist,
2. die beantragten Beratungsleistungen
 - nicht die Vorgründung des Unternehmens betreffen,
 - nicht überwiegend Rechts-, Versicherungs- und Steuerfragen zum Inhalt haben,
 - weder die Ausarbeitung von Verträgen, die Aufstellung von Jahresabschlüssen, Buchführungsarbeiten noch die Erarbeitung von EDV-Software zum Inhalt haben,
 - nicht überwiegend gutachterliche Stellungnahmen zum Inhalt haben,
 - nicht mit ESF-Mitteln anderer Maßnahmen finanziert werden,
3. die geplanten Coachinginhalte der Richtlinie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) bzw. der Richtlinie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) für das Gründercoaching Deutschland entsprechen,
4. der überwiegende Geschäftszweck meines Unternehmens nicht auf die entgeltliche Unternehmensberatung ausgerichtet ist,
5. ich für die durch das Gründercoaching Deutschland geförderte Maßnahme keine andere Unterstützung aus ESF-Mitteln beantrage oder beantragt habe,
6. meine Selbstbeteiligung nicht - mittelbar oder unmittelbar - vom beauftragten Berater finanziert wird,
7. ich gem. Art. 8 der VO(EG) 1828/2006 darüber in Kenntnis gesetzt wurde, dass die Beratungsleistung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert wird,

8. (nur für Gründungen aus der Arbeitslosigkeit) ich der KfW sämtliche vorliegenden, endgültigen Bewilligungsbescheide über Leistungen nach § 57 SGB III bzw. §§ 16b, 16c und 20 SGB II bzw. nachreichen werde, sofern diese nicht bereits bei Antragstellung eingereicht wurden (Änderungen der Leistungshöhe der endgültigen gegenüber den vorläufigen Bewilligungsbescheiden haben keinen Einfluss auf die Höhe des zu gesagten Gründercoachingzuschusses),
9. das o. g. Unternehmen die KMU-Kriterien gemäß EU-Definition (Formularnummer 600 000 0196) erfüllt.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers

8. Einwilligung zur Datenverarbeitung

Datenerhebung, -verarbeitung, -nutzung

Mir ist bekannt, dass die KfW und der von mir - aus allen regional zuständigen Ansprechpartnern - für die Abwicklung meiner Beratungsförderung ausgewählte **Regionalpartner** berechtigt sind, Daten zum Zwecke der Bewilligung und Durchführung der Beratungsförderung zu erheben, zu verarbeiten, zu nutzen und einzusehen. Hierzu zählen folgende Daten/Informationen:

- alle - mündlich oder im Rahmen des Antrags inklusive seiner Anlagen schriftlich mitgeteilten - personenbezogenen und sachlichen Daten
- die Entscheidungen bzgl. der Inanspruchnahme der Maßnahme sowie der anfallenden Beratungsprojektdaten (z. B. zugesagte Tagewerke, Status der Beratungsmaßnahme).

Datenübermittlung an beteiligte öffentliche Stellen

Mir ist bekannt, dass die Daten allen an der Durchführung des Beratungsförderangebots beteiligten öffentlichen Stellen auf Bundes- und Europaebene übermittelt und von diesen verarbeitet und genutzt werden dürfen.

Darüber hinaus bleibt die Verpflichtung der KfW zur Wahrung des Bankgeheimnisses unberührt.

Datennutzung zwecks Auskunftserteilung zur Nachhaltigkeit der durchgeführten Maßnahmen

Mir ist bekannt, dass die KfW, der Regionalpartner und alle an der Durchführung des Beratungsangebotes beteiligten öffentlichen Stellen sowie ggf. beauftragte Dritte (etwa Marktforschungsinstitute) berechtigt sind, die Daten auch zum Zwecke von Erhebungen zur Nachhaltigkeit der durchgeführten Maßnahmen zu nutzen.

Ich erkläre mich in diesem Zusammenhang damit einverstanden, dass ich nach Abschluss der Maßnahmen kontaktiert werden kann und Auskunft gebe.

Elektronische Übermittlung der Benachrichtigungen über Beratungsförderung und ggf. das Ergebnis der Prüfung des Beratungsvertrags

Mir ist bekannt, dass die KfW, sofern sie ein System zum Versand von elektronischer Post (E-Mail) eingerichtet hat, mir und dem von mir ausgewählten Regionalpartner sämtliche Informationen zur Abwicklung des beantragten Beratungsprodukts mittels unverschlüsselter E-Mail zusendet.

Ablehnung

Mir ist bekannt, dass eine Bearbeitung meines Antrags und damit eine Beratungsförderung nicht möglich sind, wenn die vorstehenden Teilerklärungen ganz oder in Teilen verweigert werden.

Datennutzung zwecks Marktforschung über die Abwicklung des Beratungsförderangebots

Ich erkläre mich **widerruflich** damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten (insbesondere Name, Institution, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse) durch die KfW und beauftragte Dritte (etwa Marktforschungsinstitute) zu Zwecken der Marktforschung über die Abwicklung des Beratungsförderangebots genutzt werden können.

Ich erkläre mich in diesem Zusammenhang ebenfalls widerruflich damit einverstanden, dass ich nach Abschluss der Maßnahmen per

- Brief
- Telefon
- E-Mail

kontaktiert werden kann und ich zu Zwecken der Erfolgskontrolle des Beratungsförderangebots, beispielsweise zur Ermittlung der Kundenzufriedenheit und Akzeptanz, Auskunft gebe.

Leider ist es uns im Rahmen der Online-Antragstellung derzeit nicht möglich, Ihnen in Bezug auf die Datennutzung zwecks Marktforschung eine unmittelbare Widerrufsmöglichkeit anzubieten. Wir bitten Sie daher, uns einen möglichen Widerruf im Nachgang zu Ihrer Online-Antragstellung an die Adresse KfW Beratungsförderung, Charlottenstraße 33/33 a, 10117 Berlin zu schicken. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers

"De-minimis"-Erklärung des Antragstellers

im Sinne der EU-Gruppenfreistellungsverordnung für "De-minimis"-Beihilfen
Anlage zum Kredit-/Beratungs-/Beteiligungsantrag

Antragsteller/Unternehmen¹⁾: Max Musterhausen

Investitionsort: _____

Das Unternehmen ist im Bereich des Straßentransportsektors tätig: Ja Nein

Hiermit bestätige ich, dass ich bzw. das Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren:

keine

folgende

"De-minimis"-Beihilfen im Sinne der "Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf "De-minimis"-Beihilfen" (veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft Nr. L 379/5 vom 28.12.2006) erhalten habe:

Datum des Bewilligungsbescheids/der Zusage	Beihilfegeber	Aktenzeichen	Subventionswert in EUR

Außerdem habe ich, bzw. das Unternehmen im Jahr 2011 Beihilfen im Sinne der Ziffer 2.2 der Mitteilung der EU-Kommission – vorübergehender Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise – in Höhe von EUR _____ erhalten. Beihilfen im Sinne dieser Mitteilung können auch als Kleinbeihilfen im Rahmen der "Bundesregelung Kleinbeihilfen" gewährt worden sein.

Mir ist bekannt, dass die vorstehenden Angaben subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB in Verbindung mit § 3 Subventionsgesetz sind. Ich verpflichte mich, Ihnen Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sofern sie mir vor der Zusage für die hier beantragten Darlehen/Mittel bekannt werden.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers¹⁾

1) Bei Beteiligungsprogrammen ist die Anlage vom Beteiligungsnehmer, bei Contracting-Vorhaben i. d. R. vom Contracting-Geber auszufüllen und zu unterschreiben.